



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/31 - 6. Februar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-38
Fernschreiber 089 890

Die bessere Einsicht siegte	S. 1
Italienische Wahlrechtsprobleme	S. 3
Eine Bundestagung der "Zugbegleiter"	S. 5
Zu zwei Dokumenten über die nationalsozialistische Judenpolitik	S. 7

Erfolgreiche Sozialpolitik

sp. So lebhaft und so interessant die Diskussionen über die grossen Probleme der Sozialreform heute auch sein mögen, man sollte nicht dabei übersehen, dass in den letzten Monaten auch konkret einige sozialpolitische Entscheidungen gefallen sind. Es sind Entscheidungen, für die die sozialdemokratische Bundestagsfraktion, die nur über knapp ein Drittel der Mandate im Bundestage verfügt, schliesslich grosse Mehrheiten gewinnen konnte und die vielen Hunderttausenden, ja Millionen eine Erleichterung ihrer Lage gebracht haben.

Um mit dem jüngsten anzufangen: Der sozialpolitische Ausschuss des Bundestages hat am Wochenende bei der Beratung der Neuordnung der Krankenversicherung der Rentner einmütig der sozialdemokratischen Auffassung entsprochen, dass man alle Kostenbeteiligungen der Rentner ablehnen müsse. Es geht dabei einmal um die Einführung einer Krankenscheingebühr für Rentner, zum anderen um die Beteiligung an den Arzneimitteln. Schliesslich wollte die Bundesregierung auch eine Renten Kürzung um 40 Prozent vornehmen, wenn der Krankenhausaufenthalt länger als elf Tage währte. Die SPD hat sofort gegen diese unsozialen Bestimmungen des Gesetzesentwurfes angekämpft, sie ist niemals müde geworden und hat schliesslich den Erfolg zu verzeichnen, dass die Bundesregierung in dieser Frage selbst von den Koalitionsparteien im Stich gelassen worden ist.

In diesem Zusammenhang gehört auch der lange Kampf um das ursprüngliche zweite Rentnermehrbetragsgesetz, das schliesslich vom -2-

Parlament in der Form eines Rentenzulagegesetzes verabschiedet worden ist. Wenn gerade in diesen Tagen, nachdem der Zeitraum für die Vor-schusszahlungen abgelaufen ist, Hunderttausende von Rentnern Zulagen erhalten, auch die, die der Regierungsentwurf ausschliessen wollte, so ist darin ein grosser Erfolg sozialdemokratischen Bemühens zu erblicken.

Nicht anders ist es beim Lastenausgleich. Man vergleiche einmal den ursprünglichen sozialdemokratischen Gesetzentwurf, der auch den Lastenausgleichsempfängern zum Teil nicht unbeträchtliche Aufbesserungen ihrer Bezüge bringt, mit dem schliesslich vom Bundestag und Bundesrat angenommenen Gesetzentwurf. In der Konzeption des Gesetzes hat sich nichts geändert, es ist bis auf Details in der Fassung der sozialdemokratischen Vorlage erhalten geblieben.

Hier haben wir es mit drei konkreten Beispielen zu tun, wie eine Minderheit, wenn sie eine vernünftige Konzeption entwickelt und die Grenzen des Möglichen nicht überschreitet, auch eine zunächst immer ablehnend gegenüberstehende Mehrheit für ihre Auffassung gewinnen kann. Ähnlich wird es vielleicht mit der fünften Novelle zur Kriegsveteranenversorgung werden, denn es dürfte schon jetzt feststehen, dass der Koalitionsbeschluss, der nur 180 Mio DM für die Kriegsveteranen zur Verfügung stellen wollte, nicht erhalten bleiben wird. Man kann auch jetzt schon mit einiger Sicherheit voraussagen, dass der sozialdemokratische Gesetzentwurf auf Zustellung der Renten durch die Post gute Chancen hat, angenommen zu werden, und so ist es mit manchen anderen sozialpolitischen Aktivitäten der SPD der nächsten Zeit.

Alle diese Vorgänge zeigen, dass man, selbst wenn die CDU heute über die absolute Mehrheit verfügt, sozialpolitisch gesehen, die Flinte nicht ins Korn zu werfen braucht. Noch wichtiger aber ist, dass die Millionen, die auf die Sozialgesetzgebung angewiesen sind, nicht nutzlos zu werden brauchen. Auch auf sozialpolitischem Gebiet zeigt es sich, dass nicht alles und jedes von der Übermächtigen Regierungspartei abhängt, sondern dass die SPD in Verbindung mit den kleinen Koalitionsparteien dem Goliath in der Koalition ihren Willen aufzwingen können.

Italien im Irrgarten der Wahlsysteme

PE Rom - Anfang Februar

Ähnlich wie in Frankreich, hat sich auch in dem Italien der Nachkriegszeit bei manchen politischen Parteien die Tendenz herausgebildet, durch immer neue Abänderungen an den Wahlgesetzen den Volkswillen zu ihrem Vorteil zu "korrigieren". Am weitesten ging in dieser Hinsicht die Democrazia Cristiana zu Zeiten De Gasperis, als sie für die Parlaments-Neuwahlen des Jahres 1953 in schweren parlamentarischen Kämpfen jenes neue Wahlsystem durchsetzte, das ihr eine stabile Mehrheit sichern sollte und das sich dann bei seiner ersten und einzigen praktischen Erprobung als völliger Misserfolg erwies. Die Parteien des demokratischen Zentrums entschlossen sich sehr bald, das unpopuläre Gesetz schleunigst wieder abzuschaffen, erst jetzt, nach zweieinhalb Jahren, ist man so weit, dass sich das Parlament mit dem neuen Wahlgesetz für die politischen Wahlen beschäftigen kann.

Von den beiden extremen Möglichkeiten eines Wahlsystems - der reinen Mehrheits- und der reinen Verhältniswahl - begünstigt die erste die grossen, die zweite die kleinen Parteien. Die Mehrheitswahl führt zur Konzentration auf ganz wenige Parteien, die Verhältniswahl fördert das Entstehen kleiner Splitterparteien. Es ist leicht zu verstehen, warum die Democrazia Cristiana als die stärkste Partei Italiens am liebsten zu jenem Mehrheitswahlrecht zurückkehren würde, wie es vor dem ersten Weltkrieg in Geltung war, während die kleineren Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition, vor allem aber die Sozialdemokraten, ihr Heil in einer möglichst unverfälschten Anwendung des reinen Verhältniswahlrechts erblicken.

Auch die Frage der "Apparentamenti", der Listenkopplungen, spielt bei den Debatten um das in Italien anzuwendende Wahlsystem eine wichtige Rolle. Im Jahre 1953 gingen Democrazia Cristiana und demokratische Mittelparteien mit gekoppelten Listen in den Wahlkampf, in der Hoffnung, auf diese Weise mehr als die Hälfte aller Stimmen auf ihre Gemeinschaftslisten zu vereinigen und so der grossen "Prämie" an Mandaten teilhaftig zu werden, die das damalige Wahlgesetz für diesen Fall vorsah.

Der Fehlschlag dieser Spekulation hat das ganze System der Listenkopplungen in Verruf gebracht. Insbesondere die Sozialdemokraten sprachen sich mit Nachdruck gegen seine Beibehaltung aus, weil es sich erwiesen hatte, dass viele Wähler, die bereit gewesen wären, für die

Sozialdemokraten zu stimmen, dies nicht taten, als sie sich einer Listenverbindung mit der Democrazia Cristiana gegenüber sahen.

Hoffnungen auf Unabhängigkeit Nennis

Auch machen die Sozialdemokraten sich von der Abschaffung der Listenkopplung gewisse Hoffnungen in Bezug auf die Klärung der Position ihres Konkurrenten Nenni. Wenn nämlich Nenni bei den nächsten Wahlen seine Linksozialisten gesondert von den Kommunisten in den Wahlkampf führt und dabei, wie zu erwarten, beträchtliche Erfolge erzielt, dürfte dies aller Voraussicht nach zu einer Verstärkung seiner Unabhängigkeitstendenzen gegenüber Togliatti führen und damit einen Keil zwischen die beiden Parteien des extremen Linksblocks treiben.

Die Neuwahl des italienischen Parlaments liegt einstweilen freilich noch in weiter Ferne. Hingegen sind schon im kommenden Frühjahr Gemeindewahlen fast in ganz Italien fällig, und auch für sie muss ein neues Wahlgesetz geschaffen werden. Ein solches ist soeben nach längeren zwischenparteilichen Verhandlungen vom Ministerrat beschlossen und an die Kammern zur Beratung weitergeleitet worden. Dieses neue Gemeindewahlgesetz stellt eine ziemlich komplizierte Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht dar, indem nämlich, je nach der Kopfzahl der Gemeinden, bald das eine, bald das andere, bald eine Mischung beider Systeme zur Anwendung gelangt. Auch hier ist die Listenkopplung abgeschafft worden, da die Sozialdemokraten unerschütterlich auf dieser Forderung bestanden.

Innenminister Tambroni hat berechnen lassen, welche Ergebnisse die letzten Gemeindewahlen geliefert hätten, wenn sie ohne Listenkopplungen durchgeführt worden wären, und dabei stellte es sich heraus, dass die Democrazia Cristiana und ihre Alliierten die Mehrheit in einer ganzen Reihe von Städten, darunter in Rom, an die Linksopposition hätten abgeben müssen. Somit steht zu befürchten, dass die kommenden Neuwahlen eine Reihe ähnlich ungünstiger Ergebnisse liefern werden. Die Sozialdemokraten aber sind der Meinung, dass dies gegebenenfalls in Kauf genommen werden müsse, als Preis für ein Wiedererstarken der Mittelparteien und für die Chance, die unheilvolle Abhängigkeit Nennis von den Kommunisten zu beenden. Die Gemeindewahlen von 1956 werden nun nach einem System abgehalten werden, von dem man im Vorhinein fürchtet, es werde wichtige Positionen der Democrazia Cristiana zu Fall bringen. Erst die Probe aufs Exempel wird lehren, ob nicht der jetzige Pessimismus ebenso durch die Tatsachen Lügen gestraft werden wird wie der seinerzeitige trügerische Optimismus.

Die 100-Stunden-Woche

- dt, Hannover

Es war die erste Bundestagung, bei der vor dem Versammlungslokal, dem "Wülfeler Biergarten" in Hannover, nicht ein einziges Auto parkte, obwohl die Delegierten aus dem ganzen weiten, westdeutschen Vaterland gekommen waren. Nicht ohne Grund (und nicht ohne Begünstigung) waren alle Teilnehmer mit der Eisenbahn gekommen: sie sind nämlich Eisentahner, und im 500.000.- Mann-Bedienstetenheer der Bundesbahn die Känner, bei denen der nörgelnde BB-Pahrgast seinen ersten Ärger abläßt: die Zugführer, Schaffner, Zugrevisoren, im BB-Jargon das "operative Bundesbahnpersonal" genannt. 25.000 solcher "Zugbegleiter" gibt es, sie sind als Fachgruppe "Zugbegleitdienst" in der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GöED) organisiert und hatten 150 Vertreter nach Hannover entsandt.

Im Zeitalter der organisierten Massen sind 25.000 nicht viel, darum war auch die Presse kaum vertreten, als die "Zugbegleiter" zwei Tage lang sich vom Herzen redeten, was sie bedrückt. Das wiederum freilich geht mehr an als nur die 150 Delegierten oder die, die sie vertreten; es ist die Frage, ob es einer Zeit, die so stolz auf ihren sozialen Fortschritt ist und auf ihre Organisationskunst, gelingt, 25.000 Menschen eine menschenwürdige Arbeitszeit zu verschaffen. Als in einer Pressebesprechung das Stichwort "40-Stundenwoche" fiel, meinte ein Sprecher der "Zugbegleiter" resigniert: "Wir wären froh, wenn wir erst einmal die 48-Stundenwoche hätten." Und er legte dar, was kaum jemandem bewusst wird, wenn er sich mit einer Fahrkarte der Bundesbahn dem "operativen Personal" anvertraut: es gibt Zugführer, die bis zu 100 Stunden in der Woche unterwegs sind, und davon werden ihnen 48 Stunden als Arbeitszeit angerechnet; es gibt Schaffner (z.B. sämtliche dem Bahnhof Göttingen angehörenden "Zugbegleiter"), die im Durchschnitt vier Sonntage des Jahres zu Hause verbringen, während die "Dienstdauer Vorschriften", das BB-Brevier, das die Arbeitszeit regelt, 17 freie Sonntage im Jahr garantiert. Jeder Zugbegleiter in der Bundesrepublik, das ergibt eine Durchschnittsrechnung, verbringt 80 Nächte des Jahres dienstfrei zu Hause, ist somit 285 Nächte dienstlich unterwegs.

Das ist eben der Beruf, wird mancher sagen, dafür werden sie

ja bezahlt. Ein lediger Schaffner beginnt mit 263 Mark; nach 22 Jahren, wenn er inzwischen geheiratet und zwei Kinder hat, bekommt er 386 Mark. Der Zugführer wird zwischen 351,68 DM und 416,34 DM entlohnt, der Oberzugführer zwischen 368 und 436 Mark.

Praktische Verbesserungsvorschläge

Die Zugbegleiter sind auf das Prokrustesbett der Bundesbahn gespannt, an ihnen wirkt sich die Rationalisierung, von der man so viel hört, zuerst aus. Früher gab es für Fernzüge je einen Zugführer und zwei Schaffner, jetzt ist das Verhältnis 1 : 1. Bei vielen Lastzügen ist das Begleitpersonal durch automatische Bremsen ersetzt. Mit weniger Menschen ein vergrößertes Verkehrsvolumen zu bewältigen, das ist das unerträglich gewordene Muss der Zugbegleiter, bestehend aus Arbeitszeit, "Wendezeit" (die Wartezeit zwischen den Zügen) und "Dienstbereitschaft" (etwa eine halbe Stunde vor Abfahrt des Zuges). Die Zugbegleiter haben bisher intern dagegen bei der Hauptverwaltung der Bundesbahn angekämpft, jetzt sind sie an die Öffentlichkeit gegangen. Sie wollen, dass der Rationalisierungsgewinn der Bundesbahn, der im wesentlichen auf ihrem Rücken herbeigeführt wurde, halbiert wird. Wenn 5000 Zugbegleiter, so haben sie berechnet, neu eingestellt und die "Zugkopplungen" verbessert werden, ein Fahrplan also, der auf Verkehrsbedürfnis und Arbeitszeit der "Operativen" Rücksicht nimmt, dann könnten die jetzigen langen Wendeweiten in die zu 50 % verrechnete Dienstbereitschaft umgewandelt werden.

Sie haben auch noch andere Sorgen, die Zugbegleiter, die diesmal ihre blauen Uniformen zu Hause liessen, als Fahrgäste nach Hannover kamen und mit viel weniger Lautstärke als die ebenfalls lange arbeitende Landwirtschaft klar machten, dass ihr Arbeitstag länger ist als der aller anderen arbeitenden Menschen. Solche Dinge sprechen sich herum, und die Zugbegleiter haben kein Hehl daraus gemacht, dass das "Betriebsklima" schlecht ist und der Nachwuchs ausbleibt. Zu einer Zeit, da ernsthafte Gespräche über die 40-Stundenwoche geführt werden, wirken die Zustände beim "operativen Bundesbahnpersonal" tatsächlich wie eine Faust aufs Auge der sozialen Marktwirtschaft, auch wenn es "nur" um 25.000 Menschen geht.

+ + +

Der Wahrheit ins Auge schauen

p."in allen zivilisierten Ländern sind zwischen 1945 und 1955 zahlreiche Werke erschienen, in denen sich Juden und Nichtjuden mit dem in der Geschichte unserer Zivilisation neuen Komplex des industriellen Lordens an Männern, Frauen und Kindern befasst haben, denen nichts anderes zum Vorwurf gemacht wurde, als dass sie in diesen und nicht in jenem Bett geboren waren.

Ausgerechnet im pedantischen Deutschland ist dieses Thema - ausser in einigen Schriften ganz allgemeiner Art - bisher keiner einzigen ernsthaften Untersuchung gewürdigt worden. Weshalb ein solches Missverhältnis? Ist denn nicht das Wissen davon, was geschah und wie es geschah, einem Stillschweigen vorzuziehen, welches verschiedene, unter Umständen sich sogar widersprechende Beweggründe haben könnte? Dem Aussetzenden will erscheinen, als sei gerade das Gewissen der untadeligsten und kultiviertesten Deutschen am meisten durch jene Verbrechen belastet, an denen sie selbst keinerlei Anteil hatten; Verbrecher jedoch, die in ihrem Namen, im Namen des gesamten deutschen Volkes begangen wurden."

Diese Sätze, die sich in der Einführung in ein jüngst im Berliner arani-Verlag erschienenenes Buch über "Das Dritte Reich und die Juden" finden, mögen - vorweg gelesen - vielen Ohren unangenehm klingen. Weniger vielleicht, weil sie peichlich und gern unterdrückte Erinnerungen wecken und ein vages Schuldgefühl in einem verschütteten Winkel des kollektiven Bewusstseins erwecken, als vielmehr deshalb, weil zehn Jahre nach der Katastrophe breite Schichten des deutschen Volkes noch immer in nahezu völliger Unkenntnis ihrer tatsächlichen Ausmasses belassen werden. Die verstaunte Revision unseres Geschichtsbildes und die mangelhafte Aufklärung über die ursächlichen Zusammenhänge zwischen der nationalsozialistischen Politik und ihrem Resultat läuft schliesslich auf dessen Beschönigung hinaus. Was Wunder, wenn sich in dieser wohlüberlegten Atmosphäre halber Wahrheiten und halber Zugeständnisse, beschönigter Verbrechen und bestrittener Verantwortlichkeit aufs neue bösartige Legenden bilden und sich die Rückkehr der Schuldigen unter unseren Augen legal vollzieht?

Die erwiesene Zahl von sechs Millionen durch sogenannte "Sonderbe-

Handlung" und "Umsiedlung" liquidierten Juden, zweier Drittel aller jüdischen Einwohner Europas, wird heute nicht nur öffentlich angezweifelt, sondern sogar schamlos und ungestraft bestritten und als alliierte Lügenpropaganda von der Hand gewiesen.

Solchen Bemühungen um eine ungeheuerliche Tatsachenverfälschung tritt jetzt endlich eine Literatur entgegen, die an Hand von deutschen Dokumenten und wissenschaftlich erarbeiteten Material den häufig verlangten Beweis für die historische Schuld der nationalsozialistischen Führungsschicht und ihrer Handlanger erbringt. Neben das bereits erwähnte Buch "Das Dritte Reich und die Juden" von Leon Poliakov und Josef Wulf stellte der J.C.B. Mohr Verlag, Tübingen, ein fast 800 Seiten starkes Werk über das Lager Theresienstadt, das sich mit Geschichte, Soziologie und Psychologie der jüdischen Zwangsgemeinschaft während der Jahre 1941 - 1945 wissenschaftlich exakt beschäftigt. Theresienstadt, ursprünglich als Sammellager für die Juden des einstigen Reichsprotektorats Böhmen und Mähren vorgesehen, galt später als Musterghetto, das die Existenz der Gaskammern und Krematorien in den Vernichtungslagern verschleiern sollte. Trotzdem kamen auch von den ca. 154 000 Juden, die zeitweilig dem Ghetto Theresienstadt angehörten, 35 951 dort ums Leben. Weitere 88 200 wurden aus Theresienstadt deportiert und nur 23 000 erlebten den Tag der Befreiung, den 5. Mai 1945.

Mit seinem Werk hat der Verfasser Hans Adler nicht nur den Toten von Theresienstadt ein Denkmal gesetzt. Er hat eine Geschichte der Bosheit als Experiment geschrieben, einzig in ihrer Art, einmalig in der Unverlässigkeit der Darstellung. Weil sie weit über den Anlass hinaus einen Beitrag liefert für die Erkenntnis unserer gegenwärtigen Situation, muss ihre Lektüre allen empfohlen werden, die die historische Objektivität als Grundlage ihres politischen Denkens und Handelns anerkennen.